

Die Folge monatlich bei zweimonatlicher... 25.50 M., durch die Post 22.50 M. ausl.

Volke-Zeitung

Dieundfünftzigster Jahrgang.

Die 6 Spalten 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Restformen...

Nr. 303.

Halle, Freitag, den 2. Juli 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Brüssel.

Am zweiten Juli werden die Verhandlungen in Brüssel beginnen. Ihr Grund erstreckt sich darin, den Nachhaken zu finden, auf Grund dessen die Deutschland auferlegte Entschädigung unter die Verbündeten verteilt werden soll.

Deutscher Reichstag.

5. Sitzung, Donnerstag, 1. Juli, 1 Uhr.

Der zur Beratung stehende

Rechnungsbericht

wird einstweilen abgelehnt, weil der Haushaltsausgleich die Beratungen noch nicht abgeschlossen hat.

Die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung über die Beteiligung von Särten bei Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug von Arbeitslohn usw. werden einer Kommission von 28 Mitgliedern überwiesen.

Das Gesetz über ein deutsch-französisches Abkommen über Schlaf-Bohringen wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der

Debatte über das Regierungsprogramm.

Abg. Müller-Frankens (Soz.) polemisiert gegen einzelne Ausführungen der Abgeordneten Heim und Schiffer. Das sei eine Partei nach 1 1/2 jähriger Regierungsstätigkeit bei den Wahlen...

Darauf kam Reichsfinanzminister Dr. Wirth in einer längeren Rede zu Worte, in der er ausführte, daß der Etat für 1920 erst in den großen Ziffern feststehe.

5 Milliarden für den Friedensvertrag, die aber kaum ausreichen würden. Dazu kämen aber 15 bis 16 Milliarden Restbeträge aus den Betriebsverwaltungen (Eisenbahnen usw.).

Am Schluß seiner Ausführungen sagte der Minister u. a.: Wir stehen vor Spa und damit stehen wir vor unserem Schicksal.

ja vor dem Schicksal Europas. Von den Verhandlungen in Spa hängt nicht nur unsere Zukunft wesentlich ab, sondern auch die Frage der gesamten europäischen Wiederabnahme.

Das Problem der deutschen Zahlungsfähigkeit

ist primär ein Wirtschafts- und Geld-Problem. Die ganze Welt muß von dem Geldwahn loszukommen suchen. Man darf nicht vergessen, daß internationale Schuldabtragungen erfolgen können, durch Sachgutlieferungen oder Dienstleistungen irgendwelcher Art.

Problem der Produktion

aus. Unter diesem wirtschaftlichen Gesichtswinkel ist die ganze Wiederherstellungsfrage zu behandeln. Wenn das Problem von Spa zu einem für Europa günstigen Ende geführt werden soll, müssen Verhandlungen geführt werden, mit dem christlichen Willen das niebergebrachte Europa aufzurichten und die drohende Gefahr des wirtschaftlichen, finanziellen, sozialen und allgemein kulturellen Bankrotts, hauptsächlich betroffenen Ländern Europas zu bannen.

An unserem guten Willen bei den Verhandlungen wird es nicht fehlen. Wir wissen, daß wir mehr als jedes andere Land unter den Völkern zu tragen haben werden, die der Krieg uns auferlegt hat. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk haben trotz aller ungeliebten Zeiten der Zeit wieder schon Leistungen erbracht, wie sie noch keinem Volk nach einem verlorenen Kriege jemals auferlegt worden sind.

Abg. Hente (U. S.): Er möchte den bürgerlichen Parteien in ihrem Liebeswerben um die Reichsfinanzminister viel Glück wünschen. Aber keine Partei, welche die Verantwortung für die Lösung der Krise auf sich zu nehmen vermag, darf sich nicht scheuen, die Verantwortung zu übernehmen.

Der bairische Gesandte von Preger kommt auf die Bemerkungen des Reichsfinanzministers über die bairischen Geschäftslage zu sprechen, die höher seien, als die des Reiches.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung gern an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt. Eine Diktatur ist stets von Unheil, wie uns auch die Militärdiktatur ins Unglück geführt habe.

2. Sitzung, Donnerstag, 1. Juli, 11 Uhr. Präsident Eder von Braun eröffnet die Sitzung um 11 1/2 Uhr. Der Saal ist voll besetzt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung gern an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung gern an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung gern an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung gern an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung gern an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung gern an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung gern an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung gern an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung gern an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung gern an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung gern an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung gern an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung gern an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung gern an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung gern an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung gern an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung gern an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung gern an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung gern an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Abg. Eisenberger (Bay. Bauernbund) erkennt die hohen Verdienste der alten Regierung gern an. Die Zwangswirtschaft habe auch ihr gutes gehabt.

Rein kaiserlicher Staatspräsident. Der Verfassungsausschuss der Reichskammer lehnte einstimmig einen Staatspräsidenten für Sachsen ab, der gleichzeitig Reformminister sein soll.

Ausland.

Vernehmliche Aufnahme des Boykotts gegen Unruhen.
Wien, 30. Juni. (Eig. Meldung.) Über den Stand der Verhandlungen zwischen der internationalen Gewerkschaftskommission und der ungarischen Regierung wird aus informierten Kreisen mitgeteilt: Wenn die Verhandlungen bisher auch zu keinem positiven Ergebnis geführt haben, so ist doch festgestellt, daß es in allerhöchster Zeit zu einem Abkommen des Boykotts kommen wird. Die Stimmung in den internationalen Gewerkschaftskreisen geht dahin, daß durch die Aufgabe der Boykottierung des Boykotts und dessen wirksame Durchführung für die internationalen Gewerkschaften ein moralischer Erfolg erzielt werden wird. Die internationale Gewerkschaftskommission wird sich damit begnügen, diese Aufgabe in einer Veröffentlichung zum Ausdruck zu bringen; sie wird ferner aber auch den Arbeiterbund anrufen und ihn ermahnen, die futuristischen Forderungen in Ungarn zum Gegenstand einer Untersuchung zu machen.

Halle und Umgegend.

Halle den 2. Juli 1920.

Berufsvorbereitung erwerbsloser Frauen zu Hausangestellten.

Der Reichsarbeitsminister weist in einem Rundschreiben vom 22. Juni 1920 die Leiterinnen der Häuser darauf hin, daß die Internierung weiblicher Erwerbsloser für hauswirtschaftliche Arbeiten noch dringend weiterer Förderung bedürftig ist. Die Kosten für die Berufsvorbereitung können, soweit es nötig ist, aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge bestritten werden.

Familien-Nachrichten

Geheben: Dr. med. Woblrabe (S.), Scherndorf; Karl Kühne (S.), Engershausen.
Verlobte: Hedwig Lerner, Halle—Johes Zimmer, Weisitz. Annemarie Denter—Oberregisseur Dr. phil. Edgar Groß, Halle. Emilie Otto, Dammrode—Louis Wedmann, Braunschweig. Elia Derrmann, Sorde—Arthur Jelling, Wittenberg.
Verlobte: Ingeborg Pauli, Derser—Margarete Betge, Rittergut Groß bei Köhlsch Weisitz.
Gestorben: Ella Mehlis, Halle. Gustavskar Carl Vogel, Döllitz a. R. Hofdirektor a. D. Oskar Weber, Bad Sachsa. Wilhelm Heide, Seife, ehem. Trauermann, Duerzhart. Rudi Jensch, Weisitz. Hermann Meißel, Döllitz.

Schwurgericht.

In der Sitzung am 30. Juni unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dörner wurden als Geschworene ausgewählt die Herren Gutschewitz Ernst Mittel-Dobau, Dober Karl Martin-Galle, Schöffler Karl Spieß-Galle, Schneider Emil Hart-Galle, Gutschewitz Bernhard Gant-Weihen, Gärtner Alwin Klein-Weiburg, Gemeindefeldbeamter Robert Weine-Galle, Gutbesitzer Dr. Rüdiger Wian, Gutschewitz Karl Höpfer-Klein-Galle, Privatier Waldemar Klein-Galle, Tischler Theodor Dornstein-Galle, Betriebsleiter Werner Jordan-Galle. Die Anklagebehörde vertrat Anwalt Dr. Giffel, die Verteidigung hatten die Rechtsanwälte Justizrat Kronsohn und Bönnewig.

Wirtschaftliches Meinbild.

Die letzte die Anklage einem Ehepaar zur Last; die nichtöffentliche Verhandlung endete mit der Freisprechung der Angeklagten, die sofort aus der Haft entlassen wurden.

Von der Heimarbeit während des Krieges handelt die wissenschaftliche Zeitschrift des statistischen Monatsberichtes für März 1920. Höchst wertvollen Aufschluß erhalten wir durch die Darstellung der Heimarbeit in den Jahren 1914 bis 1919 in Halle. Der Umfang der Heimarbeit, die Zahl der Betriebe, welche Heimarbeiter beschäftigen, die Heimarbeiter in einzelnen Gewerbezweigen, die Beteiligung der beiden Geschlechter an der Heimarbeit und der Familienstand der Heimarbeiter werden für diese Jahre dargestellt. Der Krieg hat danach die Heimarbeit mächtig einengern und er hat von allem die Heimarbeit der verarbeitenden Kassen und Kassenformen in 74 Betrieben werden außerdem zahlreiche wichtige Beobachtungen über die Bevölkerung, die Wohnungen, den Arbeitsmarkt usw. mitgeteilt.

Caesar — Verein der Hundebesitzer E. A. Halle e. V. (S. D. C.), veranstaltet am Sonntag, den 18. Juli, ein S. S. Polizeibühnen-Aufführung auf der Fordererzenn, dem Fest der Schützen. Die Prüfung ist von der Delegierten-Kommission (S. D. C.) und dem 1. Deutschen Polizeibühnen-Verein, über die Sitzung, jetzt Duisburg (S. D. C.) anfangen und geschloß. 12 Hunde werden zur Prüfung zugelassen, 5 Geldpreise in Höhe von 150 bis 500 Mark sind garantiert, dazu kommen noch Prämien, und Ehrenpreise. Unter letzteren befindet sich bereits ein Geldpreis vom Deutschen Rotkreuz-Club (S. D. C.) im F. S. H. Von anderen Spezialpreisen werden gleiche Zuwendungen erwartet. Als Preisrichter kommen die Herren Polizeikommissar Scherndorf, dessen Polizeikommissar Wietze und Kaufmann Hofmann, Halle, in dankenswerter Weise zugezogen. Meldebüchlein ist bis 11. Juli. — Alle Anfragen und Zusendungen wolle man an den Leiter der Prüfung und Geschäftsstelle, Herrn W. Heine, Ingenieur, Halle a. S., Humboldtstr. 48, I. richten, von wo aus die Anmeldeformulare zu beziehen sind.

Provinzial-Nachrichten.

Einigung im Elektrizitätsarbeiterstreik.

Greifswald, 1. Juli. Der Streik der Elektrizitätsarbeiter in Golba ist beendet worden. Gestern fanden im Arbeitsministerium Verhandlungen mit Direktoren des Werkes und einer Abordnung der Arbeiter statt, bei denen es zu einer Einigung gekommen ist. Der Streik hat den Fernverkehr, das auch den größten Teil der in Berlin benötigten Stromes liefert, in heute normiertes wieder aufgenommen worden. Damit ist auch ein Streik der Berliner Elektrizitätsarbeiter vermieden worden, deren Vertreter bereits ein Minimum gefordert hatten.

!! **Klostermenschel.** 1. Juli. (Zwei Bergleute auf dem Hohenstauffenwerk.) Die beiden Hüner Dr. Büttner und Wilhelm F. H. waren vor Ort mit Streikenden beschäftigt und müssen hierbei zufällig auf eine Balladerer getroffen sein. Die plötzlich hervorbrechenden Balladerer waren so gewaltig, daß es den Anwesenden nicht möglich war, sich zu retten und beide wurden ertrunken.

× **Damburgen.** 30. Juni. (Für 300000 Mark F. S. H. benannt beschlagnahmt.) Auf dem Bahnhof beschlagnahmt die Polizei mehrere Rabatten auswärtsbenannt im Gesamtwert von 300000 Mark, die ohne Genehmigung im Ausland verschoben werden sollten.

(7) **Wien, 30. Juni.** (Die Schiffsbauer) der hiesigen Werften sind wegen Nichtbewilligung ihrer Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

8 **Berlin, 30. Juni.** (Von dem Landratsamt.) Am 28. dieses Monats hat der hiesige Polizeibeamte der Stadt Treptow, Dr. Wiese, die Bewilligung des hiesigen Landratsamtes vertretungsweise übernommen.

† **Sangerhausen, 30. Juni.** (Nachfrage von dem kommunikativen Bauange.) Beschäftigt wurde die geschiedene Frau Anna Stübgen, die schon am 18. Mai wegen Verdachts der Hehlerei gelegentlich des Raubraubes am 15. Mai in Sangerhausen verhaftet, aber wieder freigelassen war. Am 22. Juni wurden bei einer Hausung in einem Nebenzimmer verborgen 1800 Mark in neuen fünfzigmarktscheinen im Kleiderbehälter gefunden.

? **Chemnitz, 1. Juli.** (Neue Verfassung des Bürgermeisters.) Da Bürgermeister Lübbedien in nächster Zeit Chemnitz verlassen gedenkt, haben sich die Stadtverordneten in ihrer Sitzung am Freitag mit der Besetzung des Postens des Zweiten Bürgermeisters beschäftigt.

Vermischtes.

Pulverexplosion im „Alten Lager“ zu Jüterbog.

Berlin, 30. Juni. (Eig. Meldung.) Heute Nacht gegen zwölf Uhr explodierte das Pulvermagazin II des Artilleriedepots Jüterbog, in dem ca. 600 Zentner Schwarzpulver lagerten. Die Explosion war so gewaltig, daß im Umkreise von ca. 500 Meter sämtliche Gebäude schwer beschädigt, zum Teil zerstört wurden. Menschleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen. Da außer den Beamten der Nachschicht und einigen Soldaten von sämtlichen dort Anwesenden niemand zugegen war, so wurden nur 8 Soldaten durch umherliegende Splitter leicht verletzt. Um weitere Explosionen zu verhüten, hat der Kommandant des Lagers das gesamte Gelände im weiten Umfange militärisch abgesperrt lassen. Wie uns hierzu von zufälliger militärischer Seite mitgeteilt wird, erscheint auf Grund der sofort angeordneten Untersuchungen der Verdacht nicht unbegründet, daß Brandstiftung vorliegt.

Mit nur 8 Stunden geht es nicht! Reichskommissar Weichelt hat jedoch im rheinisch-westfälischen Industriebezirk einen Schiedspruch gefällt, trotz dessen die Straßenbahnangelegenheiten nicht mehr nur 8, sondern fünfzig 8/16 Stunden Arbeitszeit haben.

Der Kinematograph im Dienste der Materialprüfung. Die Kinematographie dient bei Festigkeitsprüfungen von Materialien, wobei die sehr rasch vor sich gehenden Veränderungen, verursacht durch Druck und Zug, registriert, somit gemessen werden können. Ferner kann man mit der Kinematographie die aufzunehmenden Veränderungen des Kristallgefüges, das beim Durchschneiden eines Metallstückes erkennbar ist, mit ziemlicher Genauigkeit aufzeichnen. An Stelle des Indikatoren, der z. B. beim Dampfhammer Aufnahme anzeigt, ist jetzt durch eine kinematographische Aufnahme des im Betriebe befindlichen Hammers unter Zuführenaahme einer Sekundenuhr die Leistung des Hammers ermittelt.

Leute Feigen. Die Kölner Wuchererkammer beurteilte einen Kunsthofschaffensfabrikanten, der für 300000 Mark Feigen gekauft hatte, um sie angeblich in seinem Werke zu Kunsthof zu verarbeiten, fe aber der Raffee-Erzeugungsindustrie zur Herstellung von Feigenkaffee zum doppelten Preise verkaufte. Der Strafgericht lautete auf 30000 Mark, aber der Vorsitzende der Wuchererkammer erklärte, daß eine Freiheitsstrafe bei einem so unerhörten Wucher, wo nur 10 Prozent erlaubt seien, ungenügend sei. Die Strafe verschleierung und Verschönerung bedingte eine Gefängnisstrafe von drei Monaten und 100000 Mark Geldstrafe, die auch ausgesprochen wurde. Die Feigenporträte wurden für beschlagnahmt erklärt. (Wirde doch überall so schärf der Wucher gestraft!)

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung“.

Die deutschen Vertreter für Spa.

Wien, 1. Juli. Zur Konferenz der Reichstanzler kehrend, hat der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons, sowie die Reichsminister Birk, Scholz und Hermes besprochen. Ingesamt werden 25 bis 30 höhere Beamte mit dem nötigen Stabpersonal nach Spa gehen.

Wien, 1. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Der Reichstagsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten trat am Donnerstag abend zu einer Sitzung zusammen. Der Minister des Auswärtigen erstattete eingehenden Bericht über die Vorbereitungen der Konferenz von Spa. Darauf vertagte sich der Ausschuß, ohne in eine Besprechung einzutreten.

Beginn der Brüsseler Finanzkonferenz.

Brüssel, 1. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die internationalisierte Finanzkonferenz in Brüssel wird morgen ihre Beratungen wieder aufnehmen, die der Verteilung der deutschen Kriegsschuldung unter den Alliierten gelten. Den Pariser Vätern zufolge dürften die Erörterungen der verbundenen Staatsmänner keinen großen Zeitraum ausfüllen, da eine Einigung im Prinzip bereits feststeht. Man verneht damit, daß die Konferenz die Abreise der Teilnehmer nach Spa am Sonntag erfolgen dürfte. Der italienische Delegierte Bartolini weist schon in Brüssel, während mit Marshall Le Troquer und Hoch trat heute in Brüssel ein. Lloyd George kommt in Begleitung von Curzon, Borhingtons und Evans, der an Stelle Chamberlains an den Besprechungen teilnimmt. Als Berater in Militär- und Marineangelegenheiten sind Marshall Wilson und Admiral Beatty in der englischen Abordnung vertreten.

London, 1. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Vor seiner Abreise nach Brüssel berief Lloyd George gestern den kaiserlichen Rat ein, um den englischen Standpunkt bei der Wiedergutmachungs- und Entschädigungsfrage festzusetzen. In den Besprechungen nahmen außer den Mitgliedern des Kabinetts auch die Vertreter der Dominions teil. Nach dem Verlaufe der Besprechung hat der Kaiser endgültig die von Lloyd George auf der nächsten Konferenz einzusetzende Haltung festgelegt.

Laurent bei Coert.

Wien, 1. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der Reichspräsident hat heute den neu ernannten französischen Vizepräsidenten Laurent zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Bei der Unterzeichnung hielt der Reichspräsident eine Ansprache, in der er u. a. sagte: „Der Herr, die amtlichen Beziehungen unterer beiden Länder in vollem Umfang wieder herzustellen, werde ich bemüht sein, beizutragen zu Ihren freundschaftlichen gemeinsamen Zusammenarbeiten zwecks Heilung der Wunden des Weltkrieges und zum schnelleren wirtschaftlichen Wiederaufbau von Europa in christlicher Ausführung des Friedensvertrages, der hiermit die gemeinsame Urkunde aller ihm zeichnenden Mächte sein wird.“

Der Reichspräsident erwiderte u. a. mit folgenden Worten:

„Mit Genugtuung entnehme ich Ihren Worten, daß es Ihr erster Wille ist, daran mitzuarbeiten, die Wunden, die der Krieg unseren beiden Völkern zugefügt hat, zu heilen und in Ausführung des Friedensvertrages durch eine gemeinsame freundschaftliche Arbeit das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen. Von dem gleichen Streben bin ich mit der deutschen Regierung erfüllt.“

Von der Friedensdelegation in Paris.

Paris, 1. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die Friedensdelegation in Paris überreichte heute der Friedenskonferenz zwei amtliche Denkschriften, die gleichzeitig den alliierten Regierungen in London, Rom und Brüssel übergeben worden sind. Die erste behandelte die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Kriegsgutmachung. Die zweite leitete im einzelnen dar, wie weit Deutschland schon heute seine Steuereinnahmen eingezahlt hat. In einer Beilage wurde darauf hingewiesen, daß Deutschland heute wesentlich weniger wirtschaftliche Hilfsquellen zur Verfügung stehen, als vor dem Kriege. Die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen soll (wegen der unzulässigen Besprechungen in Spa) nicht gleichzeitig in Deutschland, keine Zahlungsfähigkeit und die Möglichkeit seiner Kräftigung vorgelegt, das von 22 hervorragenden, in wirtschaftlichen Leben stehenden Männern unterzeichnet ist.

Französische Kritik am Frieden von St. Germain.

Paris, 1. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der französische Senat ratifizierte mit 283 gegen 22 Stimmen den österreichischen Friedensvertrag. Von verschiedenen Seiten wurde eine scharfe Kritik an dem Vertrag geübt, da Deutschland, so wie es durch den Vertrag geschaffen würde, nicht lebensfähig sei. Millerand betonte trotzdem, daß Frankreich sich der Vereinigung Österreichs mit Deutschland widersetzen würde. Es habe die Handbände dazu, da der Völkerverbund eine dauerhafte Verbindung nur einstimmig ansprechen könnte. Senator Ribot sprach sich für die Vereinigung der Donauländer aus. Senator Demozelle erklärte, er habe gegen seinen Willen den Friedensvertrag von Versailles als Abgeordneter ratifiziert, aber er könne den Friedensvertrag von Saint Germain nicht billigen, weil er in Europa den Frieden nicht wiederherstelle.

Die englisch-russischen Verhandlungen.

Sankt Petersburg, 1. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) An den Verhandlungen zwischen Lord George und Krassin am Dienstag nahm nur noch der britische Handelsminister und ein Dolmetscher teil. Sie dauerten von 5 1/2 bis 7 Uhr abends und verliefen nach einer Weile in die Hände der „Mandats“ von „Mandats“ rechtlich verbunden. Am Dienstag über die Entschädigung für konfiskierte englische Privatanklagen in Rußland bietet noch Schwierigkeiten, an denen aber die Verhandlungen nicht scheitern können. Vertreter englischer Fabriken verhandeln bereits mit Krassin und legen großen Wert auf einen befriedigenden Verlauf der Beratungen.

Die französischen Arbeiter gegen die Orientexpedition.

Paris, 1. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die französische Sozialdemokratische Partei und der Allgemeine Arbeitsbund haben in ganz Frankreich eine Protestbewegung gegen die Expedition nach dem Orient organisiert.

Die Pensionsberechtigung der Minister.

Berlin, 1. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der Verfassungsausschuß der preussischen Landesversammlung beriet heute einen Antrag des Reichsrichters Dr. Bernhardt, wonach die Ausübung eines Berufes während ihrer Amtsdauer ein Hindernis für den Bezug oder ein Gewerbe persönlich oder durch Vertretung auszuüben. Als Entschädigung dafür sollen sie, wenn sie länger als ein Jahr im Amt gewesen sind, eine Pension beziehen, ebenso soll ihnen Anspruch auf Hinterbliebenenversorgung gewährt werden, doch sollen sie verpflichtet sein, sich auf das Aufhebehalt dergleichen Beträge anrechnen zu lassen, die sie durch die Ausübung eines Berufes oder Gewerbes erwerben. Die Ansichten über die Frage der Pensionsberechtigung der Minister waren geteilt. Von einer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Minister im heutigen Staate nicht Beamte seien und daß man ihnen deshalb auch keine Pension gemäßen könne. Andererseits wurde geltend gemacht, daß, wenn man den Ministern die Ausübung eines Berufes verbiete, es dahin komme, daß nur reiche Leute Minister werden könnten. Zu einer Abstimmung über den Antrag kam es noch nicht. Man will versuchen, eine gemeinsame Formel zu finden. Die Weiterberatung der Verfassung wurde auf morgen vertagt.

Ein Steinkohlen-Gesch.

Wien, 1. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Ein Geschwändel zur Aufklärung von Steinkohlenfällen ist der preussischen Landesversammlung zugegangen.

Dr. Wagner erschossen?

Wien, 30. Juni, 1. Juli. (Eig. Drahtnachricht.) Die „Dauziger Neuesten Nachrichten“ melden: Gerichten zufolge soll Dr. Wagner in Polen schon vor längerer Zeit erschossen worden sein. Auch über das Schicksal Dr. Holtmanns verläßt nach belangloserrungen Dunkel. Der deutschen Bevölkerung hat es eine große Hoffnung bereitet.

